



## Information

### gem. Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) für den Bereich Staatsangehörigkeitswesen

#### Vorbemerkung

Wenn Sie einen Antrag auf Erwerb, Verzicht oder Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit stellen oder von Amts wegen ein Feststellungsverfahren eingeleitet wird, ist es zur Prüfung und Bearbeitung Ihres Anliegens notwendig, personenbezogene Daten von Ihnen zu erheben und auch bei anderen Behörden einzuholen (siehe auch Nr. 4) und digital zu verarbeiten. Dies sind: Familiennamen, Geburtsnamen, sonstige frühere Namen, Vornamen, Ordens- oder Künstlernamen, Aliasnamen, Doktorgrad, Geschlecht, Tag und Ort der Geburt, Familienstand, aktuelle und frühere Anschrift, aktuelle und frühere Staatsangehörigkeiten, Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Fax-Nummer; Pässe und Ausweise, Beruf, Bildung, Lebensunterhalt, aufenthaltsrechtliche Historie, Familienangehörige, rassische oder ethnische Herkunft, strafrechtliche Verfahren und Verurteilungen, verfassungsrechtliche und extremistische Erkenntnisse.

#### 1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Stadtverwaltung Speyer  
Staatsangehörigkeitswesen  
Große Himmelsgasse 10  
67346 Speyer  
06232 / 14 – 0  
[einbuengerung@stadt-speyer.de](mailto:einbuengerung@stadt-speyer.de)

#### 2. Der bzw. die Behördliche Beauftragte für den Datenschutz

Stadtverwaltung Speyer  
Behördliche/r Datenschutzbeauftragte/r der Stadtverwaltung Speyer  
Maximilianstraße 100  
67346 Speyer  
06232 / 14 – 0  
[datenschutz@stadt-speyer.de](mailto:datenschutz@stadt-speyer.de)

#### 3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

- Erwerb, Feststellung, Verzicht, der deutschen Staatsangehörigkeit
- Art. 6 Abs. 1 Buchst. e DSGVO, Staatsangehörigkeitsgesetz StAG, §§ 31, 32, 32a, 32b, 33, 37, Verfahrensregelungen zum Staatsangehörigkeitsrecht RLP, 4.1 bis 4.7.1

#### 4. Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

Kommunix ADVIS (Ausländerbehörde), Kommunix TEVIS (Terminprogramm) Ausländerzentralregister (AZR), EStA-Register, Bundeszentralregister, Bundesverwaltungsamt, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Agentur für Arbeit, Sozialämter, Meldebehörden, Finanzamt, Gesundheitsamt, Jugendamt, Wohngeldstelle, Widerspruchsbehörde, Polizeiinspektionen, Landeskriminalamt, Bundeskriminalamt, Landesamt für Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst, Militärischer Abschirmdienst, Gerichte Staatsanwaltschaften, Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier, Ministerium des Innern und für Sport RLP, Deutsche Auslandsvertretungen.

#### 5. Dauer der Speicherung

30 Jahre

## **6. Betroffenenrechte**

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

- a) Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DSGVO).
- b) Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DSGVO).
- c) Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DSGVO zutrifft.  
Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DSGVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DSGVO.
- d) Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen des/der Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 b, c und d DSGVO).  
Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.
- e) Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient (Artikel 21 DSGVO).
- f) Sollten die personenbezogenen Daten aufgrund einer ausdrücklichen Einwilligung verarbeitet (d. h. insbesondere erhoben) worden sein, kann diese Einwilligung jederzeit nach Art. 7 Abs. 3 DSGVO widerrufen werden. Dadurch wird jedoch nicht die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung der Daten bis zum Widerruf berührt.

## **7. Beschwerderecht**

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

Rheinland-Pfalz

Postfach 30 40

55020 Mainz

Telefon: +49 (0) 6131 8920 – 0

Telefax: +49 (0) 6131 8920 – 299

Webseite: <https://www.datenschutz.rlp.de>

E-Mail: [poststelle@datenschutz.rlp.de](mailto:poststelle@datenschutz.rlp.de)